

Antrag

Initiator*innen: Elias Enderlein (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Titel: **Ä20 zu A9: Rassismus und Polizeigewalt benennen, bekämpfen und mit Opfern solidarisieren! (vertagt von 51. BMV)**

Antragstext

Von Zeile 2 bis 37:

~~“Die Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün benennt vorherrschende rassistische Strukturen klar und solidarisiert sich mit den Opfern dieser Strukturen. Krisen sind Alltag: Hitze, Dürre, Überschwemmungen, Pandemien, Kriege. Wer jetzt noch auf Gier, fossile Abhängigkeit oder private Tech-Oligopole setzt, gefährdet unser aller Zukunft.~~

~~Der Tod von Lorenz im April 2025 durch Polizeigewalt zeigt in aller Härte, wie dringend der Kampf gegen Rassismus und institutionelle Gewalt unsere politische Arbeit prägen muss. Auch an Hochschulen erleben BIPOC täglich Stigmatisierungen und strukturelle Diskriminierung. Als überwiegend weiße Gruppe müssen wir unsere Privilegien stetig reflektieren und daraus lernen. Dafür sollten wir uns selbst zurücknehmen aber auch andere Hochschulgruppen, Universitätsleitungen und politische Handlungsträger*innen dazu auffordern. Wir müssen BIPOC zuhören und ihre Perspektiven ernst nehmen, ihre Forderungen in unsere politische Arbeit integrieren, unsere Privilegien nutzen um Diskriminierung und Rassismus abzubauen und unsere eigenen Perspektiven nicht als universell setzen. Um die eigenen Rassismen zu erkennen und zu verstehen, brauchen wir an den Universitäten umfassende Angebote, die sich speziell an weiße Studierende richten. Konkret schlagen wir vor Kurse zu den Themen “Critical Whiteness” und “Allyship” zum Beispiel im Rahmen der Allgemeinen Studien oder vergleichbaren Modulen zu verankern. Darüber hinaus müssen diversitätssensible Hochschulstrukturen~~

geschaffen werden, etwa durch Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen für Diskriminierungsfälle und antirassistische Schulungen für Lehrende und Verwaltungspersonal.

Wir sagen klar: Sicherheit ist kein Privileg für wenige, sondern ein Recht für alle!
Dafür braucht es eine krisenfeste Daseinsvorsorge, die Wasser und Ernährung schützt, Lieferketten sichert, Katastrophenschutz stärkt und Europas Energieversorgung unabhängig macht. Kurzum: Eine starke zivile Sicherheit.
~~Der Bundesvorstand wird beauftragt ebenfalls bei der politischen Arbeit von CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismusproblem klar zu benennen. Aufklärung wird meistens durch Angehörigen und Aktivist*innen eingefordert, dass Communities dies einfordern müssen und diese Aufklärung nicht von Seiten der Politik und Behörden kommt, ist bezeichnend. Polizeigewalt und rechte Strukturen in Institutionen müssen flächendeckend und öffentlich transparent aufgearbeitet werden.~~
Unsere Antwort ist ein starkes, solidarisches Europa, das nicht erpressbar ist, sondern gemeinsam handelt. Nur so schaffen wir Sicherheit für alle, statt Unsicherheit für viele.

Krisenfest durch Vorsorge: Sicherheit für alle statt Unsicherheit für viele!

Wasser und Ernährung sind kein Luxus, sondern Menschenrechte!

~~CampusGrün verpflichtet sich zudem selbst, die eigene Organisation antirassistisch weiterzuentwickeln durch regelmäßige interne Workshops zu "Critical Whiteness" und Rassismuskritik, aktive Vernetzung und Zusammenarbeit mit antirassistischen Initiativen, die Berücksichtigung antirassistischer Perspektiven bei der Arbeit in Gremien und Arbeitsgruppen sowie die Schaffung von Räumen, in denen BIPOC ihre Anliegen einbringen können, ohne Bildungsarbeit für weiße Mitglieder leisten zu müssen."~~

Die (Trink-)Wasserversorgungs- und Ernährungssicherheit ist ein zentraler Teil unserer kritischen Infrastruktur. Die fortschreitende Klimakrise stellt uns hier vor immense Herausforderungen. Wir setzen uns national wie international konsequent dafür ein Wasser zu schützen, Ernährungssicherheit zu erreichen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.

Als Grüne Jugend fordern wir deshalb:

Bei Knappheit muss klar sein: Trinkwasser statt Golfplatzbewässerung!
Die Trinkwasserversorgung darf nie hinter die Interessen von Großkonzernen und Superreichen gestellt werden. Es braucht die öffentliche Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von kostenlosem Trinkwasser. Wir wollen gesunde Böden und Moore schützen und stärken, um Wasser zu speichern. Unternehmen müssen für die Wasserentnahme und -nutzung einen fairen Preis bezahlen. Dabei braucht es endlich eine bundesweite, einheitliche Regelung und die Zweckbindung für Wasserschutz. Bei der Wasserverschmutzung müssen wir das Verursacherprinzip überall durchsetzen. Wir stellen uns Großkonzernen, beispielsweise Braunkohleunternehmen, die Wasser nutzen und verschmutzen, während primär die Allgemeinheit die Kosten dafür zahlt, entschieden entgegen.
Für uns ist klar: Wasser ist Menschenrecht und Daseinsvorsorge. Es muss vor Übernutzung und Privatisierung geschützt werden.

Begründung

erfolgt mündlich